



Die da?

Nein die anderen!



Moneypenny, was sollte ich ohne Sie anfangen?

Ein hübsches kleines Nichts, was Sie da beinahe anhaben

Verfassungsschutzwissenschaftsjournalismus

Eine nicht unbedeutende Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Bundesrepublik wechselt munter zwischen Journalismus, Geheimdiensten, politischer Bildung und Forschung hin und her. Ohne ihre aktuelle oder zurückliegende Tätigkeit im staatlichen Sicherheitsapparat zu erwähnen, gelingt es diesen Autorinnen und Autoren ohne nennenswerten Widerspruch, unter das Deckmäntelchen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit zu schlüpfen. Von Friedrich Burschel

„Wer von diesen Altkommunisten noch unter den Lebenden weilt, ist für Revolutionsromantiker ungefähr so interessant wie es jene ehemaligen SS- und Wehrmachtshelden, die von Stalingrad erzählen, für junge Neonazis sind.“

Dieser Satz ist einem Buch entnommen, dessen Autoren als Paradebeispiele für eine völlig inakzeptable Radikalisierung einer staatlich geförderten Wissenschaftspublizistik gewertet werden können. Es geht um das Machwerk „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr“ der beiden Politikwissenschaftler Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen.

Zwischen Staatskanzlei, Redaktionsstube und Uni

Der promovierte Politologe Bergsdorf, Sohn des Kohl-Intimus Wolfgang Bergsdorf, ist Lehrbeauftragter an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und seit einigen Jahren Leiter der „Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ in Nordrhein-Westfalen. Diese ist beim Familienministerium angesiedelt und wird aus dem Bundesprogramm „kompetent für Demokratie“ finanziert. Parallel zur Lehre an den Unis in Jena und Bonn war der CDU-Mann wohl bis 2005 auch Mitarbeiter des christdemokratisch geführten Thüringer Innenministeriums – in jener Zeit eine Hexenküche, in der die Ingredienzien des aktuellen bundesweiten Geheimdienst-Skandals zusammengeführt wurden.

Nach 2005 war Harald Bergsdorf Grundsatzreferent der CDU-Landtagsfraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. Eine Kleine Anfrage des Linken-Landtagsabgeordneten Frank Kuschel aus dem Jahr 2006 wollte von Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU) damals

wissen, wie es sein könne, dass ein Mitarbeiter seines Hauses die PDS als „extremistisch“ verunglimpfen und etwa mit den Republikanern gleichsetzen könne. Bergsdorf trat in dieser Zeit als Autor in Zeitungen und Zeitschriften wie dem einschlägigen CSU-Parteiorgan „Bayernkurier“, dem Periodikum der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) „Die politische Meinung“ oder dem erzkatholischen Blatt „Die Neue Ordnung“ in Erscheinung. Sein Tenor: die PDS sei „linksextremistisch“², verharmlose den millionenfachen Judenmord der Nazis³ und arbeite „– ähnlich wie rechtsextreme Ideologien – mit Sündenböcken und Verschwörungstheorien“⁴. Zur selben Zeit war auch Bergsdorfs Vater Wolfgang als Herausgeber der KAS-Publikation und Autor in der „Neuen Ordnung“ tätig: der Apfel fällt wohl auch ideologisch nicht weit vom Stamm.

Doktorarbeit im Dienst des Verfassungsschutzes

Seine Zeit als Beamter im Staatsdienst hat Harald Bergsdorf mit Rudolf van Hüllen, dem zweiten Autoren von „Linksextrem“, gemeinsam. Van Hüllen war fast zwanzig Jahre lang Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfVS) in Köln. Bis 2006 arbeitete er dort als Referent und Referatsleiter in der Abteilung „Linksextremismus und Linksterrorismus“. Wie Bergsdorf studierte er an der Uni Bonn, die mit Professoren wie Manfred Funke und Hans-Hellmuth Knütter neben den sächsischen Thinktanks in Chemnitz und Dresden als wichtiger Hort der politikwissenschaftlichen Reaktion gelten darf. Ihm sei es wichtig, über die wissenschaftliche Forschung hinauszugehen und im Alltag aktiv zu sein, „wo oftmals didaktisches Geschick und Einfühlungsvermögen für den Erfolg größere Bedeutung haben als lückenlose Beherrschung wissenschaftlicher Diskurse“

– so wird van Hüllen auf der Website des Karlsruher Instituts für Technologie zitiert.

Seine Doktorarbeit hat van Hüllen zu den damals noch schwer verdächtigen Grünen geschrieben und 1988 vorgelegt. In der Danksagung vergaß er jedoch zu erwähnen, dass er bereits seit dem Jahr 1987 als Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz tätig war. Dafür dankt van Hüllen seinem Doktorvater, dem Historiker-Fossil Karl-Dietrich Bracher, und – da schließt sich der Kreis wieder – „Wolfgang Bergsdorf, der sich als Zweitgutachter zur Verfügung gestellt hat“. Sein neuer Arbeitgeber wird hingegen nicht erwähnt.

Gezielte Anwerbung von Fachleuten

Die beiden ansonsten eher nachrangigen „Experten“ stehen für eine Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, denen es mühelos gelingt, zwischen staatlichen Behörden (insbesondere dem „Verfassungsschutz“ genannten Inlandsgeheimdienst), der Wissenschaft und den

Medien hin- und herzuwechseln und so die Grenzen zwischen Wissenschaftsfreiheit und beamtetem Verfolgungsauftrag zu verwischen. Und dieser Weg ist keine Einbahnstraße: Die gezielte Anwerbung von Fachleuten, die nach den Anschlägen des 11. September 2001 begann, ist heute Programm. Und es geht schon

lange nicht mehr ausschließlich um die Rekrutierung von Islamwissenschaftlerinnen und Islamwissenschaftlern, sondern zunehmend auch um tiefergehendes Wissen in anderen für den Verfassungsschutz relevanten Feldern des „Extremismus“. „Um (...) die Analysekompetenz innerhalb der Verfassungsschutzbehörden zu erhöhen, bedarf es einer stärkeren Einbindung von Fachwissenschaftlern, wozu insbesondere Historiker, Islamwissenschaftler, Politologen und Soziologen gehören“, schreibt Armin Pfahl-Traughber in einem programmatischen Aufsatz in der Broschüre „Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft“.

Auch Pfahl-Traughber gehört zu dieser Geheimdienst-Wissenschaft-Publizistik-Kohorte und kennt den Weg vom Studium in den Verfassungsschutz und weiter in die Lehre an der Fachhochschule des Bundes. Nach Studium und Promotion in Duisburg und Marburg wechselte der ausgemachte Vielschreiber zum BfVS.

Sein bemerkenswerter publizistischer Output sorgte schon zu Beginn seiner Zeit beim Inlandsgeheimdienst für Irritation. Die *taz* monierte 1994, dass hier eine womöglich unzulässige Vermischung stattfindet: „Normalerweise sollten Journalisten als vierte Gewalt eine Kontrollfunktion ausüben. Problematisch wird es, wenn Angestellte von staatlichen Institutionen als Journalisten arbeiten, ohne ihren Arbeitgeber zu offenbaren. Noch problematischer wird es, wenn dieser Arbeitgeber Bundesamt für Verfassungsschutz heißt“.⁵

Arbeiten mit Abhörprotokollen und V-Mann-Berichten

Pfahl-Traughber schreibt auch für den SPD-Presse- dienst „blick nach rechts“ und bis heute, obwohl seine beruflichen Verstrickungen bekannt sind, Rezensionen für das linke „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ und für „Endstation Rechts“; letzteres ein publizistisches Baby des ersten „neurechten Antifas“ und heutigen SPD-Kultusministers Matthias Brodtkorb in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses nonchalante Wechseln zwischen „Verfassungsschutz“, Journalistentätigkeit und Wissenschaft – und das meist ohne Offenlegung der entsprechenden Verstrickungen – entspricht seither dem Zeitgeist: „Attraktiv finden die neuen Leute zudem, dass der Weg zurück zur Wissenschaft

möglich scheint. ‚Wir wollen weg von diesem Image: einmal Verfassungsschutz, immer Verfassungsschutz‘, sagt die Berliner Amtsleiterin Schmid. Ein paar Jahre dort, vermutet sie, könnten bald eine unter mehreren Etappen in der beruflichen Laufbahn eines Hochqualifizierten werden“, hieß es 2004 im *Spiegel*⁶

Besonders fasziniert seien diese „Hochqualifizierten“ vom Fundus, den sie im Dienst vorfänden: Wer sonst kann schon mit Abhörprotokollen aus der Telefonüberwachung und mit V-Mann-Berichten arbeiten. Diesen skrupel- und gedankenlosen Karrieristen graust es auch nicht davor, dass sich mit dieser Art von geheimdienstlich und oft am Rande oder jenseits der Legalität angehäuften Material jede (sozial-) wissenschaftliche Arbeit verbietet. Unwissenschaftlich und intransparent erhoben, nicht ver- noch falsifizierbar und für den offenen wissenschaftlichen Diskurs meist nicht freigegeben, erübrigt es sich hier, von Wissenschaft zu sprechen: Der Geheimdienst ist ein

Wo die Grenzen zwischen Wissenschaftsfreiheit und beamtetem Verfolgungsauftrag verwischen

Fremdkörper nicht nur in einer offenen Gesellschaft, sondern auch in einer freien Wissenschaft, die auf diese Qualität Wert legt.

Über Pfahl-Traughber heißt es im *Spiegel* weiter: „Seit einigen Wochen muss er sich um diese Unterscheidung nicht mehr scheren. Pfahl-Traughber arbeitet jetzt als Professor an der Fachhochschule des Bundes im nordrhein-westfälischen Swisttal. Dem Gewerbe ist er treu geblieben: Er bildet Verfassungsschützer aus.“ Der Mitherausgeber des erwähnten VS-Bändchens, Thomas Grumke, ist den Weg andersherum gegangen: Nach einer Zeit im Wissenschafts- und im NGO-Bereich beim Zentrum Demokratische Kultur in Berlin ging er 2004 zum Verfassungsschutz in NRW. Auch für ihn hat sich die Entscheidung für diese Art Karriere ausgezahlt – er ist heute ebenfalls Professor, und zwar an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung NRW in Dortmund.

Sakrosankte BRD-Gründungsmythen

Alle bisher genannten Autoren aus diesem undefinierbaren Graubereich zwischen Publizistik, Geheimdienst, Bildung und Forschung tauchen auch in den einschlägigen Zitierkartellen einer rechtskonservativen, bisweilen gar neurechten „Extremismus“-Community auf, wo die Übergänge zwischen Amt, Wissenschaft und Medien fließend sind. So wird es Beamtinnen und Beamten des Geheimdienstes ermöglicht, unter den Deckmantel der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit zu schlüpfen, ohne ihre aktuelle oder zurückliegende Tätigkeit im Geheimdienstapparat zu erwähnen.

Speziell im von den Platzhirschen der Extremismus-Doktrin Eckhard Jesse und Uwe Backes herausgegebenen Zentralorgan der nationalen „Extremismus-Forschung“, dem „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“, tauchen illustre Namen auf: Bergsdorf, van Hüllen, Pfahl-Traughber, Grumke⁷, aber auch der Ex-Chef des BfVS Peter Frisch⁸, Privatdozentin und Pressesprecherin des BfVS Tania Puschnerat, Professor Klaus Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat, der Hohenschönhausener Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe, der Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks Jürgen P. Lang, Viola Neu von der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Politologe Patrick Moreau, Kriminalist Bernd Wagner vom Zentrum für Demokratische Kultur, Mathias Brodtkorb, Brigitte

Seebacher, Ernst Nolte sowie zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Forschungseinrichtungen. Sie beanspruchen eine Deutungshoheit nicht nur zu Fragen des „Extremismus“, sondern auch zur Geschichte der DDR sowie der Bundesrepublik.

Mit dem Regierungsantritt der zweiten Merkel-Regierung hat diese fragwürdige und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Geheimdienstes

mitbestimmte Deutungsweise eine enorme Konjunktur erlebt und findet Zugang zu den höchsten Regierungskreisen in Bund und Ländern.

Die gesamte bundesrepublikanische Ideologie beruht auf der Pflege einiger sakrosankter

Gründungsmythen der (West-)BRD, als deren Ergebnis eine allein selig machende Demokratie entstanden sei, die zu ehren und zu schützen diese Gruppe von Journalistinnen und Journalisten der Verfassungsschutzwissenschaft angetreten ist. Was sie zu sagen haben, soll einschüchtern, einkreisen, markieren und die bundesrepublikanische Hagiografie fortschreiben. Im Moment haben sie für diese Mission politisches Oberwasser, und das trotz des größten denkbaren Geheimdienst-Skandals im Kontext der NSU-Enthüllungen.

„150-prozentige Demokraten“

Aus der dem Kalten Krieg nachhallenden Interpretation der Geschichte der Bundesrepublik vor und nach der Wende ergibt sich auch der Anspruch, die einzige und letztgültige Exegese der DDR-Geschichte zu betreiben, die im simplen Extremismus-Konstrukt kurzerhand als Verlängerung der Diktatur nach 1945 betrachtet und so nicht selten mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird. Dem stand die wehrhafte Bundesrepublik gegenüber, in der noch die gewendeten Nazis Garanten der Verteidigung und des Bestandes der Demokratie wurden, denn freilich „gab es ehemals ‚tiefbraune‘ Nationalsozialisten in herausgehobenen Funktionen; Figuren, die gläubige Anhänger Hitlers, aber meist an keinen Verbrechen direkt beteiligt waren“, heißt es kühn und historisch falsch im Bergsdorf-van Hüllen-Pamphlet.⁹ Und weiter: „Doch mussten sie sich in der Bundesrepublik als Demokraten bewähren. Tatsächlich versuchten sie in der Regel, sogar 150-prozentige Demokraten zu sein (...)“.



Küss mich, Paul!

Agenten küsst man nicht

Alles, was die BRD-Vergangenheit zu erklären hilft, ist willkommen und alles, wirklich alles, um die DDR zu dämonisieren und heutige linke Gesellschaftskritik zu stigmatisieren, ist erlaubt. Im Visier haben diese Autorinnen und Autoren dabei stets die „Ex-Kommunisten“ der SED-Nachfolgepartei, die als „nicht lupenrein demokratisch“ verdächtigt und in die „linksextremistische“ Ecke gedrängt wird. Hier kommt wieder die notorische Gleichsetzung des Nazi-Regimes mit der DDR und des heutigen „Rechts-“ mit dem „Linksextremismus“ zum Tragen: „Gerade die singulären Massenverbrechen der Hitler-Diktatur mahnen, den Blick für jeglichen Extremismus und jegliche Menschenrechtsverletzungen zu schärfen und jegliche Demokratiefeindschaft zu analysieren“.¹⁰

Der Linken, sowohl der Partei als auch der Bewegung, wird permanent pauschal und undifferenziert vorgeworfen, „stets die Transformation der Gesellschaft und die Überwindung des Kapitalismus“ im

Schilde zu führen.¹¹ Dass damit Kritik am Kapitalismus stigmatisiert wird, ohne dass dieser im Grundgesetz festgeschrieben ist, auch nicht als „soziale Marktwirtschaft“, und dass die BRD zum allein zulässigen Zustand der Demokratie erklärt wird, trägt autoritäre Züge wie jene „Diktaturen“, die die verschiedenen Autorinnen und Autoren zu bekämpfen vorgeben.

Grundgesetz als neues Sozialistengesetz

Kaum jemand zweifelt jedoch die Wissenschaftlichkeit dieser Denkschule an und kritisiert offen die hier wirksame autoritäre Demokratie-Zwangsvorstellung, der sich zu unterwerfen hat, wer in diesem Land am öffentlichen Diskurs teilnehmen will und nicht vom Verfassungsschutz rettungslos in „hoheitlichen Verruf“¹² gebracht werden möchte. Viel zu selten melden sich angesehene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Arno Klönne zu Wort, der vermutet, Bergsdorf und van Hüllen meinten wohl, „unsere Verfassung sei so etwas wie ein neues ‚Sozialistengesetz‘, ein Verbot sozialistischer, gesellschaftlicher Entwürfe“. Dem an sich renommierten Schöningh-Wissenschaftsverlag, der das Buch „Linksextrem“ mit den Prädikaten „klug aufklärend“ und „umfassend analysiert“ bewirbt, unterstellt Klönne ironisch, diese Kampfschrift mit einem anderen Buch ihres Verlages verwechselt zu haben.¹³

Kaum jemand jedoch zweifelt die Wissenschaftlichkeit dieser Denkschule an

Auch der angesehene Politologe Richard Stöss fordert in einem Streitgespräch die Trennung von Wissenschaft und Geheimdienst: „Im Kern liegen die Probleme mit dem Extremismus-Begriff wohl darin, dass ein weit verbreitetes Bedürfnis in den Sozialwissenschaften besteht, sich von einer Begrifflichkeit zu distanzieren, die von Verfassungsschutzbehörden benutzt wird.“ Und weil, so Stöss weiter, mit dieser Begrifflichkeit der Behörden Rechtsextremismus und Linksextremismus verglichen oder gar gleichgesetzt, demokratische Linke mithin mit Neonazis und Faschismus auf eine Ebene gestellt würden. Hier sehe er eine Diskriminierung von Menschen, „die sich einem demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlen.“¹⁴

Wo Stöss jedoch ein „weit verbreitetes Bedürfnis“ in den Sozialwissenschaften sieht, Wissenschaft und Verfassungsschutz sauber zu trennen, bleibt schleierhaft. Es ist für Stöss' Gegenspieler in diesem Streitgespräch, Uwe Backes, auch ein Leichtes,

seinen Kontrahenten vorzuführen, denn Stöss benutzt den (Rechts-)Extremismus-Begriff selbst munter weiter. Backes kann sogar unwidersprochen den Alleinvertretungsanspruch seiner Zitier-Community in Sachen Demokratie behaupten: Man müsse jene „politischen Akteure“ ausfindig machen, „die das Spiel nicht bedingungslos spielen wollen, die also die Demokratie nicht als ‚the only game in town‘ anerkennen“. Die grausige und zwanghafte Demokratie-Vorstellung hinter solchem Geschwafel lässt einem freien und emanzipatorisch denkenden Menschen im Grunde nur die Rolle des Spielverderbers.<

Friedrich Burschel
*ist freier Journalist,
er lebt und arbeitet
in Berlin*



*Dieser Artikel ist als
Langversion ein
Vorabdruck aus dem
Buch „Schreddern,
Spitzeln, Staatsversa-
gen. Wie rechter
Terror, Behörden-
kumpanei und
Rassismus aus der
Mitte zusammenge-
hen“ (herausgegeben
von Bodo Ramelow),
das Anfang Mai
2013 im VSA Verlag
erscheint.*

¹ Harald Bergsdorf, Rudolf van Hüllen (2011): *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?* Paderborn, Schöningh, S. 72

² Harald Bergsdorf: „Wer frisst wen? Zur Kooperation zwischen Sozialdemokraten und PDS“, in: *Die politische Meinung* Nr. 388 (März 2002)

³ Harald Bergsdorf: *Die PDS und rechtsextremistische Parteien*, in: *Die Neue Ordnung* Nr. 5/2001

⁴ Harald Bergsdorf: „(K)ein Requiem für die PDS. Die PDS vor den Wahlen 2004“, in: *Die politische Meinung* Nr. 414 (Mai 2004)

⁵ Bernd Siegler: *Verfassungsschützer als Journalist. VS-Mann schreibt für FAZ und SPD*, in: *taz* vom 17.11.1994

⁶ Dominik Cziesche: *Der Spion, der aus der Uni kam*, in *Spiegel* vom 20.12.2004

⁷ Grumke, Thomas (2008): *Die rechtsextremistische Bewegung*, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/Main (Campus Verlag), 2008, S. 475-492 – ein wahrhaftig haarsträubendes Dokument, vgl. dazu: Markus Mohr: Seite 701 – Überraschende Rochaden zweier Sozialwissenschaftler im Graubereich zwischen Bewegungsforschung, Bürgergesellschaft und Verfassungsschutz, in: Markus Mohr, Hartmut Rübner (2010): *Gegnerbestimmung. Sozialwissen-*

schaft im Dienst der „inneren Sicherheit“, Unrast Münster, S. 189 – 242, hier insbesondere: S. 192ff

⁸ Vgl. Fritz Burschel: *Nicht mehr ganz Frisch. Der Verfassungsschutz als Fremdkörper in einer offenen Gesellschaft*, in: *Der Verfassungsschutz, das bayerische Innenministerium und der Extremismus der Mitte*, in: Heft Nr. 22 der Studienreihe *Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik des Kurt Eisner Vereins* München 2012

⁹ Harald Bergsdorf, Rudolf van Hüllen (2011): *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?* Paderborn, Schöningh, S. 173

¹⁰ Harald Bergsdorf, Rudolf van Hüllen (2011): *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?* Paderborn, Schöningh, S. 11

¹¹ Jürgen P. Lang: *Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?* In: Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse (Hg.) (2009): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden 2010, Nomos, S. 161 – 179, hier: S. 163

¹² Der 2005 verstorbene Bürgerrechtler und Professor Jürgen Seifert, Uni Hannover, sprach von „hoheitlicher Verrufserklärung“, wenn der Verfassungsschutz politische Akteure (in den jährlichen VS-Berichten) der Verfassungsfeindlichkeit zieh. zit.nach Kohlstruck, Fn. 9

¹³ Arno Klönne: *Wie Geschichte verfälscht wird:* <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18313> [10.2.2013]; vgl.: Dieter Nelles: *Extremismus unterschätzt?*, in: *Journal für Politische Bildung*, 2/2012, S. 92f

¹⁴ Streitgespräch zum Thema *Linksextremismus zwischen Richard Stöss und Uwe Backes*, in: Ulrich Dovermann (Hg.) (2011): *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 291 – 318, hier: 292

20. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen – 1993 bis 2012 –



Menschen flohen vor Krieg, Verfolgung und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Die Dokumentation umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen, Mißhandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfaßt auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammel-lager und mehr. Die beschriebenen über 6500 Einzelgeschehnisse machen deutlich, daß die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden gegen Null läuft.

Einzel-Dokumentation in zwei Heften (620 S.)

**Antirassistische Initiative e.V.
Dokumentationsstelle
Fon 030 – 617 40 440
Fax 030 – 617 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org**